Nr. 338. Dienstag, den 4. December.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge.

Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Zeilen kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

XXII. Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, 1877.

Politisches.

Den Erörterungen über die Unabhängigkeit des deutschen Richterstandes, speciell des sächsischen und des preußischen, sind die Fragen über den Sitz der Gerichte gefolgt. Nicht mehr beschuldigen (als Revanche für die Planitz'schen Anspielungen auf den Arnim-Proceß und das famose Lübecker Urtheil) die nationalliberalen Blätter den sächsischen Richterstand der Duckmäusrigkeit, vielmehr streitet man jetzt in Dutzenden von Städten um die Ehre und den Vortheil, Sitz eines Amtsgerichtes zu bleiben oder, soviel Preußen angeht, Sitz eines Landgerichtes zu werden. Eine großartige Agitation ist deshalb im Gange. Tief in die Kammerausschüsse der Landtage Preußens wie Sachsens schlagen die Fluthen dieser Agitationen hinein. Deputationen aus den Provinzialstädten eilen nach Berlin wie Dresden, um bei Ministern oder einflußreichen Abgeordneten für ihre Heimathstadt vorstellig zu werden. Für jede dieser mittleren oder kleineren Städte, wer wollte es verkennen? ist das Verbleiben als — oder das Gewähltwerden zum Sitz einer Gerichtsbehörde von tiefster Wirkung. Nicht sowohl die materiellen Vortheile, die eine Stadt als Gerichtssitz von den Wohn- und Nahrungsbedürfnissen der Beamtenfamilien genießt, bilden den wesentlichen Vortheil, die Hauptsache ist der geistige Einfluß, den die ständige Gegenwart einer Anzahl akademisch gebildeter Personen inmitten von Handwerkern, Fabrikanten, Arbeitern und Landwirthen mit sich führt. Eine Hebung der Volksschule, die Gründung von Mittelschulen ist die nächst sichtbare Wirkung in einer Klein- oder Mittelstadt, wenn sie eine Anzahl kindergesegneter höherer Beamten als Einwohner besitzt. Dieses Thema bedarf keiner weiteren Ausführung; nur ein Wunsch sei gerade von einem in der Hauptstadt Sachsens erscheinenden Blatte ausgesprochen. Es erscheint uns auch in Dresden nur in der Ordnung, wenn man bei der Aufhebung kleinerer Gerichtsämter in Sachsen mit schonender Hand vorgeht, den Provinzialstädten nicht bisher geflossene Quellen der Bildung und feineren gesellschaftlichen Lebens verstopft, der sie umwohnenden Landbevölkerung nicht den Gang zum Gericht erschwert und so die Rechtspflege, scheinbar um eines finanziellen Vortheils willen, doch vertheuert!

Der auffällige Umstand, daß Mac Mahon (jener stolze Soldat, der soeben erst erklärt hatte, niemals mehr mit Republikanern zu unterhandeln) Herrn Grévy, ihren officiellen Chef, zu sich bittet, erklärt sich jetzt ziemlich natürlich. Herr Voisin, der Pariser Polizeipräfect, hatte den Marschall-Präsidenten davon benachrichtigt, daß Grévy sowohl als der Senatspräsident Pasquier-Audiffret Truppen zum Schutze der persönlichen Sicherheit der Deputirten und Senatoren requiriren wollten. Es sind das specifisch französische Verhältnisse. Wenn in Berlin Präsident v. Forckenbeck die Gardes-du-corps aufsitzen, in Dresden Präsident Haberkorn die Zittauer Garnison marschiren lassen wollte, um Reichs- oder Landtagsabgeordnete gegen die Regierung zu schützen — wir glauben kaum, daß die Herren Commandanten Ordres pariren würden. Anders in Frankreich. Die Armee politisirt. Es giebt bonapartistische, legitimistische und republikanische Generäle, Admirale, Obersten, Capitaine und Unteroffiziere. Mac Mahon beruhigte nun die beiden Präsidenten. Mehr ist aber auch noch nicht geschehen zur Beilegung des Conflictes. Eine sehr in's Gewicht fallende Erscheinung ist der Eifer, mit der sowohl die Gewerbtreibenden von Paris als namentlich die Bank von Frankreich eine Beendigung der das Geschäftsleben vernichtenden Ungewißheit über die Zukunft zu beenden trachtet. Die Wahrnehmung, daß auf der einen Seite eine ungeheuere Menge Capitals unbeschäftigt ist (in der Banque de Paris liegen augenblicklich zwölf Milliarden Francs todt da), auf der anderen Seite Hunderte von Fabriken geschlossen und Werkstätten ohne Arbeit sind, prägt sich besonders wirkungsvoll einem so gewerbfleißigem Volke ein, wie unsere westlichen Nachbarn sind. Die Bank von Frankreich fühlt sich zur Einmischung berufen, weil sie sich als die oberste Bewahrerin der wirthschaftlichen Interessen betrachtet, weil sie dem Lande in einer langen Reihe von Jahren die hervorragendsten Dienste in wirthschaftlicher Beziehung geleistet hat, weil sie der Industrie, dem Gewerbe, dem Handel, den Unternehmungen treu zur Seite gestanden ist, weil sie es verstanden hat, den Ausschreitungen der Speculation Zügel anzulegen, weil sie in schweren Zeitläuften durch ihre Hilfe wirthschaftliche Krisen im Keime unterdrückt hat. Sie ist von der Commune nicht angetastet worden und der despotische Wille hat sich nicht an sie gewagt. Sie erweist dem Hundert-Franken-Wechsel des kleinen Gewerbsmannes dieselben geschäftlichen Ehren, wie dem Accepte des hundertfachen Millionärs. Ihr Kundenkreis beschränkt sich nicht auf die Auslese einer ganz geringen Anzahl bevorzugter Firmen, er ist so groß wie das gesammte gewerbtreibende, industrielle und commercielle Frankreich. Das sind die Rechtstitel, welche die Bank von Frankreich zur Einmischung in den politischen Streit der Parteien berechtigten, das sind die ungeschriebenen Paragraphen ihres Statutes, die ihrem Gouverneur die Macht verleihen, im Namen des wirthschaftlichen Frankreich den politischen Waffenstillstand zu verlangen. Vergleichen wir mit diesem Auftreten der Bank von Frankreich das Verhalten unserer Reichsbank, die Klagen unseres deutschen Handelsstandes, so werden wir uns hüten, die abgeschmackte Bezeichnung der Franzosen als einer „verkommenen Nation" zu wiederholen.

Die Russen gestehen jetzt selbst die schwere Schlappe zu, welche sie bei Wraza am 22. November erlitten, wobei sie zwei Kanonen verloren und ein Garde-Cavalerie-Regiment beinahe aufgerieben wurde. Sie erzählen aber ihre Niederlage in beinahe falstafflicher Manier. Aus den 400 Tscherkessen werden zwei türkische Bataillone und 400 Tscherkessen. Natürlich handelt es sich überall da, wo die russischen Kosaken-Coups mißlingen, um Scheingefechte; da aber, wo der bekannte, mit Gold beladene Esel die stärksten Festungen zu Fall bringt, lassen die Decorationen, Dank-Gottesdienste und all' die anderen Schnurren nicht auf sich warten. Obiger Niederlage bei Wraza ist eine viel empfindlichere bei Prawez gefolgt, welches von Mehemed Ali wieder erobert und wobei ein Garde-Schützen-Bataillon nahezu vernichtet wurde. Mehemed Ali hat also seinen Vormarsch auf Plewna zur Befreiung Osman's angetreten und zwar mit glücklichstem Erfolge. Hingegen dürfen sich die Rumänen auch eines Sieges rühmen. Sie eroberten Lom-Palonka und schicken sich an, auf Widdin vorzurücken, um es zu belagern und den Serben die Hand zu reichen.

Da sich ergeben hat, daß die Umwandlung der Spielkarten-, Lotterieloos- und anderer Stempel-Abgaben in eine Reichssteuer die Anforderungen des Militär-Etats im deutschen Reiche nicht zu befriedigen vermag, so bringt man von Varzin aus auf namhafte Erhöhung der Tabaks- und Biersteuer. Mit der einfachen Tabaksteuer sei es jedoch nicht genug, das Tabaks-Monopol würde dem deutschen Reiche bei einer Bevölkerung von rund $42\frac{3}{4}$ Millionen Köpfen eine Einnahme von mindestens $128\frac{1}{4}$ Millionen Mark einbringen. Diese Einnahme würde demnach allein den Betrag der Matrikular-Beiträge schon übersteigen. Ja, wenn wir's nicht hätten!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Paris, 3. December. Mac Mahon hatte heute Vormittag mit Dufaure (Mitglied des rechten Centrums im Senate) eine längere Conferenz wegen Berufung eines parlamentarischen Ministeriums. — Die Deputation der Kaufleute und Industriellen von Paris (s. Tagesgesch.) wurde vom Oberst Boulgrenant, Flügeladjutanten Mac Mahons, empfangen.

Konstantinopel, 2. December. Aus Sofia wird gemeldet, die Positionen Mehemed Ali Paschas würden seit 4 Tagen von den Russen angegriffen, derselbe habe aber bis jetzt diesen Angriffen widerstanden.

Bogot, 3. December. (Offiziell.) Die Türken verließen ohne Kampf die Befestigungen bei Wratesch und Lutalkowo und zogen sich auf der Orkhaniestraße und der Lutankowostraße nach Sophia. Die Kolonne des Generals Ellis besetzte die geräumten Positionen und verfolgte die Türken bis Arab und Konak. — Am 30. Novbr. besetzte ein Detachement des General Arnoldis Krivina am Zibrafluße und Kutilowicza auf der Straße Lompalanka-Berkowacz.

Paris, 2. December. Die „République française" erklärt, daß die Deputirtenkammer vom Marschall-Präsidenten folgende Garantien verlangen müsse: Ein der Linken entnommenes Kabinet, die Absetzung aller Beamten des 16. Mai, die Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes und die Rückkehr zu den constitutionellen Traditionen, welche die Sicherheit freier Völker bildeten, endlich eine gesetzliche Barriere zur Verhinderung einer neuen Auflösung der Deputirtenkammer. Letztere Bedingung würde die Zusammenberufung des aus dem Senate und der Deputirtenkammer zusammengesetzten Kongresses in sich schließen. — Dem „Français" zufolge haben die Minister an alle Behörden ein Rundschreiben gerichtet, in welchem die Beamten angewiesen werden, der parlamentarischen Untersuchungskommission keine Auskunft irgend welcher Art zu geben und auf keine Frage zu antworten, wenn sie dazu nicht in jedem einzelnen Falle von der vorgesetzten Behörde ermächtigt worden sind. — Der Justizminister hat die Generalprokuratoren dahin instruirt, den in den letzten Tagen wieder überhand nehmenden Ausschreitungen der radikalen Presse ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es werden auch bereits eine große Anzahl neuer Preßprozesse aus Paris und den Provinzen gemeldet.

Locales und Sächsisches.

— Landtag. In der 2. Kr. fand gestern die übliche Gesandtschaftsdebatte statt. Abg. Dr. Minckwitz, als Referent, empfahl die Ablehnung der für die Gesandtschaften zu Wien und München geforderten Summen von 18,000 und 15,000 Mark, weil dieselben dem Wesen des Bundesstaates zuwider seien. Abg. Uhlemann konnte dies nicht anerkennen, umso weniger, als auch andere Bundesstaaten Gesandtschaften unterhielten. So habe auch Würtemberg einen Gesandten in München. Abg. Penzig meint, die Vertretung in Wien besorge am besten das Reich für uns. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz: Gerade bei dieser Position habe sich die Regierung der größten Sparsamkeit befleißigt und glaube deshalb auch, daß ihre Wünsche bei den Kammern Entgegenkommen finden würden. Die Regierung habe alle Gesandtschaften außerhalb des Reichsgebiets aufgehoben mit Ausnahme der in Wien, welche mit Rücksicht auf die nachbarlichen Beziehungen zwischen Sachsen und Oesterreich beibehalten worden sei. Gründe sachlicher wie auch conventioneller Art hätten dies wünschenswerth erscheinen lassen. Wie politische Gründe gegen den Münchner Posten sprechen könnten, begreife er nicht. Es handle sich hier in erster Linie um die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen; der Bund habe doch an diesen freundschaftlichen Beziehungen nichts geändert. Ferner handle es sich hier um die Wahrung der Interessen der beiderseitigen Staatsangehörigen. Und endlich habe die Vertretung in einem Bundesstaate noch den Zweck, die dortigen Einrichtungen zu beobachten. Erst kürzlich sei in der Kr. die Nothwendigkeit betont worden, sich mit den Einrichtungen und Verhältnissen anderer Bundesstaaten vertraut zu machen. Er theile diesen Wunsch vollständig. Er bedauere daher auch die kürzlich gefallenen Aeußerungen (Anspielung auf die Angriffe des Herrn v. d. Planitz in der 1. Kr.), wie er Alles bedauere, was das freundschaftliche Einvernehmen mit einem Bundesstaate stören kann. Abg. Dr. Krause: Die sächsische Gesandtschaft in Wien hätte auch nicht das neuliche Scheitern der Zollverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich, wodurch die sächsischen Verkehrsinteressen so schwer geschädigt wurden, verhindern können. Was solle also noch der sächsische Gesandte? Warum wolle man eine so große Ausgabe machen, die gar keinen Nutzen bringe? In München bedürfe der sächs. Staatsangehörige eines Schutzes durch den Gesandten nicht, weil dort die Reichsgesetze gälten. Zur Kenntnißnahme der dortigen Einrichtungen bedürften wir keinen Gesandten; wenn eine Behörde eine Auskunft wünsche, so könne sie sich dieselbe direct erbitten. Uebrigens sei es eine Inconsequenz, daß die Regierung gerade in München und nicht auch in den übrigen Bundesstaaten eine Gesandtschaft unterhalte. Die Stellung des Gesandten in Berlin könne hier als Gegenbeweis dienen, diese sei eine ganz andere. Dr. Stephani freut sich über die auf die bekannten Aeußerungen in der 1. Kr. bezüglichen Worte des Ministers, durch welche der üble Eindruck jener Aeußerungen verwischt worden sei. Eine besondere Vertretung Sachsens in Wien und München hält er nicht für politisch zweckmäßig; die Vertretung erfolge durch das Reich. Abg. Uhlemann habe sich auf Würtemberg berufen, das könne er nicht gelten lassen, denn in Würtemberg und Baiern berufe man sich wieder auf Sachsen und so beziehe sich immer eine Regierung auf die andere. Sachsen möge an Stelle eines Gesandten einen Consul nach Wien schicken. Abgeordneter Ackermann: Wenn Dr. Krause von den Zollverhandlungen gesprochen, so sei dies nicht Sache des sächsischen Gesandten, sondern Sache der damit beauftragten Reichscommissare gewesen, einen Zollvertrag zu Stande zu bringen. Für die Münchener Gesandtschaft spreche das Angrenzen beider Länder und die nahen Beziehungen beider Höfe. Vor Allem aber handle es sich für ihn darum, das Recht der Krone zu wahren. Die Aufgabe eines solchen komme ihm wie Selbstmord vor. Daran betheilige er sich nicht. (Bravo rechts.) Abg. Kirbach: Das hier in Frage kommende Recht bleibe und am allerscherfsten, wenn wir auf dessen Ausübung verzichten. (Heiterkeit.) Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz weist, als Beispiel dafür, daß der Gesandtschaft in Wien noch immer ein großes Arbeitsfeld bleibt, auf den Vertrag, welcher mit Oesterreich bezüglich der Fortbildungsschule getroffen wurde, hin. Consuln, durch welche Dr. Stephani die Gesandten ersetzt wissen wollte, dürften seitens der Bundesstaaten gar nicht im Auslande unterhalten werden; die Reichsverfassung verbiete das. Würde Dr. Krause, wenn er als sächsischer Gesandter in Wien gewesen, wohl etwas am Resultate der Zollverhandlungen haben ändern können? (Stürmische Heiterkeit.) Der sächsische Gesandte habe damit gar nichts zu thun gehabt. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, nach dem Scheitern jener Verhandlungen, sei am wenigsten geeignet, um die Gesandtschaft in Wien aufzuheben. Gerade jetzt müssen wir jeden Schritt vermeiden, der Entfremdung zwischen Deutschland und Oesterreich nach sich zöge und den Personenverkehr und Güteraustausch zwischen beiden erschwerte. Auf den Krause'schen Vorwurf der Inconsequenz erwiederte der Minister, daß der sächsische Gesandte in München auch in Stuttgart, Carlsruhe und Darmstadt accreditirt sei und dort die Interessen der sächsischen Staatsangehörigen zu vertreten habe. Wenn man sage, die Einzelstaaten sollen keine Gesandtschaften unterhalten, so entziehe man damit zugleich die Basis für die in Berlin bestehende sächsische und die in Dresden bestehende preußische Gesandtschaft. Abg. Starke-Wittweida: Ein Gesichtspunkt sei noch nicht in die Debatte mit eingeführt worden. Daß die Regierung selbst gar keinen Werth auf die Gesandtschaft in Wien lege, gehe daraus hervor, daß sie den dortigen Posten mit einem ehemaligen Rittmeister (Phillipp: Sehr wahr!) besetzt habe. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz: Der Betreffende habe sich stets als außerordentlich tüchtiger Gesandter erwiesen. Daß die frühere militairische Stellung kein Hinderniß sei, gehe daraus hervor, daß einer der tüchtigsten Diplomaten, der deutsche Botschafter in Petersburg, auch einmal Oberstlieutnant gewesen. Nach den Schlußworten Uhlemann's und Dr. Minckwitz, wird das für den Wiener Gesandten Hrn. v. Heilborf geforderte Postulat in Namensabstimmung mit 40 gegen 34 (dafür die Conservativen sowie die Abgg. Dr. Heine, Dr. Meißner und Walter), das für die Münchner Gesandtschaft dagegen mit 42 gegen 32 St. genehmigt. Die übrigen Positionen für das Departement des Auswärtigen, sowie die Ausgaben zu Reichszwecken finden anstandslos in der eingestellten Höhe Annahme. — Die Petition der Lehrercollegien von 9 Realschulen zweiter Ordnung um relative Gleichstellung bezüglich der Gehalte mit den Lehrern der Realschulen 1. Ordnung (Ref. Abg. Speck) wird nach kurzer Debatte der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen. Petenten wünschen, daß der Direktor einer Realschule 2. O. mindestens den gleichen Gehalt beziehe, wie der 1. Oberlehrer einer Realschule 1. O. u. s. w. Die Besoldung ist auf Grund eines von der Regierung festgestellten Minimalbesoldungsetats den Gemeinden überlassen. Einen weiteren Einfluß auf die Besoldungsfrage könnte die Regierung nur gelegentlich einer weiteren Erhöhung des Staatszuschusses für die Realschulen 2. O. üben und eine solche Erhöhung, meint die Deputation, ließe sich jetzt nicht rechtfertigen. Da sich aber andererseits wieder nicht verkennen läßt, daß im einzelnen Falle, wo etwa besondere Härten hervortreten sollten, ein vermittelndes Eingreifen seitens der Regierung wünschenswerth sein würde, so wird die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen.

— Heute früh 9 Uhr besuchen die Mitglieder der 2. Kr., einer Einladung des Justizministers Folge leistend, die Justiz-Neubauten.

— Die Elb-Uferbauten neustädtischerseits unterhalb des Pontonschuppens bis zur Marienbrücke sind in letzter Zeit soweit gefördert worden, daß die Steindämme vollendet dastehen, auch geht die entlang des Elbufers neugebaute Gangschleuse, um die in die Elbe einmündenden schmutzigen Kanäle zu beseitigen, ihrer Vollendung entgegen. Jetzt ist man mit der Aufschüttung hinter den Uferdämmen beschäftigt und um dieselbe ganz besonders zu festigen, werden ganze Massen von Weiden oder Binsen in die Erdmassen gelegt, die sich einwurzeln und so einen besonderen Halt für das Erdreich geben sollen. Leider steht das Wasser gegenwärtig bereits schon wieder höher und ist die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß das nächste Hochwasser demnächst die ganze Erdaufschüttung sammt den noch nicht eingewachsenen Binsen fortspülen wird, da gerade die Wasserfluth der Neustädter Seite bei Hochwasser sich reissender und gewaltiger zeigt, seit die Uferbauten durch die Albertbrücke und die Altstädter Quaibauten die Stromrichtung wesentlich verändert haben.

— Die von dem Comité für Erbauung eines Elb-Spree-Kanals beschafften umfänglichen Vorarbeiten für die längst geplante Wasserstraße Dresden-Berlin liegen jetzt dem königlich sächsischen Ministerium des Innern vor und der Abschluß der noch im Gange befindlichen Erörterungen über einige wichtige technische Vorfragen ist in naher Aussicht. Nachdem die Traciirung des Kanals festgestellt und auch die Mehrzahl der übrigen Vorarbeiten in technischer Beziehung gelöst worden, handelt es sich nun um verschiedene Einrichtungen. Für den künftigen Kanalbetrieb soll auf die Einrichtung der Tauerei (Touage) Bedacht genommen, dagegen von Anlegung eines Leinpfades wegen der hierdurch bedingten Mehrkosten abgesehen werden. Als zulässige Maximallast hat man eine Tragfähigkeit der Fahrzeuge bis zu 6000 Ctrn. in Aussicht genommen; dagegen soll der Oberbau der geneigten Ebene sowie der Schleuse bei Gröbel so ausgeführt werden, daß die etwaige spätere Zulassung der Fahrzeuge bis zu 8000 Ctrn. Tragfähigkeit ohne Betriebsstörung ermöglicht werden kann.

— Auf dem gestrigen Schlachtviehmarkte waren 372 Rinder, 972 Schweine, 969 Hammel und 147 Kälber aufgetrieben. Der Geschäftsgang erwies sich als bedeutend schleppender als während der vorwöchentlichen Markttage, da der Auftrieb wesentlich stärker war als der Bedarf. Primaqualität von Rindern mußte deshalb von 72 auf 70 und 69 Mk. pro Centner Schlachtgewicht weichen, während Mittelwaare 60 und geringe Sorte 40 bis 42 Mk. galt. Englische Lämmer, die in einigen